Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP

und

Antwort

des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur

Zukunft von Kreisverkehrsplätzen im Enzkreis und in Pforzheim

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass ein neuer Erlass des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur die Platzierung von Bäumen, großen Steinen, Kunstwerken oder anderen Gestaltungsobjekten auf den Innenflächen von Kreisverkehrsplätzen grundsätzlich untersagt?
2. Ab wann soll der Erlass gegebenenfalls in Kraft treten?
3. Wie begründet sie den Erlass?
4. Auf welche wissenschaftlichen und verkehrstechnischen Erhebungen stützt sie ihre Begründung?
5. Wie hoch ist die Unfallhäufigkeit bei bzw. auf Kreisverkehrsplätzen in Pforzheim und dem Enzkreis?
6. Erwartet sie, dass bereits bestehende Gestaltungen der Innenflächen von Kreisverkehrsplätzen aufgrund des Erlasses rück- bzw. umgebaut werden müssen?
7. Wie viele Kreisverkehrsplätze sind im Enzkreis und in Pforzheim betroffen?
8. Wer hat gegebenenfalls die Umbaukosten, die infolge des Erlasses anfallen, im Einzelnen zu tragen?
9. Wird das Land die betroffenen Kreise, Städte und Gemeinden finanziell unterstützen, wenn diese infolge des Erlasses Umbauarbeiten finanzieren müssen?

10. Wie hoch schätzt sie die erforderlichen Umbaukosten im Enzkreis und in Pforzheim sowie im gesamten Land ein?

03.01.2012

Dr. Rülke FDP/DVP

Antwort

Mit Schreiben vom 25. Januar 2012 Nr.22-3911.8/48 beantwortet das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur die Kleine Anfrage wie folgt:

Ich frage die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass ein neuer Erlass des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur die Platzierung von Bäumen, großen Steinen, Kunstwerken oder anderen Gestaltungsobjekten auf den Innenflächen von Kreisverkehrsplätzen grundsätzlich untersagt?

Nein.

Das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg hat am 15. November 2011 den Regierungspräsidien, dem Landkreistag, dem Städtetag und dem Gemeindetag Regelungen zur Überprüfung der Verkehrssicherheit und zur Gestaltung von Kreisverkehrsplätzen mitgeteilt. Die Regelung unterscheidet zwischen Kreisverkehrsplätzen im Bestand und zukünftig neu zu bauenden Kreisverkehren. Weiterhin wird zwischen Kreisverkehrsplätzen im Außerortsbereich, im Ortsrandbereich und innerorts unterschieden. Die Regierungspräsidien wurden gebeten, die Unteren Verwaltungsbehörden zu veranlassen, Kreisverkehrsplätze einem sogenannten Sicherheitsaudit zu unterziehen, wenn sich auf der Mittelinsel feste Hindernisse (zum Beispiel ein oder mehrere Bäume, große Steine oder ein entsprechend gestaltetes Kunstwerk) befinden. Den Kommunen wurde empfohlen, Kreisverkehrsplätze auf kommunalen Straßen, die solche Hindernisse in der Mittelinsel aufweisen, ebenfalls auf deren Verkehrssicherheit zu überprüfen und zukünftig die Anforderungen an die Verkehrssicherheit bei der Gestaltung von Kreisverkehrsplätzen zu beachten.

Die Verkehrssicherheit hat Vorrang vor der Gestaltung der Kreismittelinsel. Auf Kreisverkehrsplätzen im Außerortsbereich auf der freien Strecke dürfen zukünftig grundsätzlich keine starren Hindernisse eingebaut werden.

2. Ab wann soll der Erlass gegebenenfalls in Kraft treten?

Die Regelung trat am 11. November 2011 in Kraft.

3. Wie begründet sie den Erlass?

Der Erlass fußt auf der EU-Richtlinie 2008/96/EG vom 19. November 2008 über ein Sicherheitsmanagement für die Straßenverkehrsinfrastruktur. Sie gilt für das gesamte europäische Fernstraßennetz. Bund und Land haben die Richtlinie für die Straßen in ihrer Zuständigkeit entsprechend übernommen. Das Land hat den Kreisen empfohlen, sie ebenfalls für ihre Straßen anzuwenden. Von besonderer Bedeutung bei dieser Richtlinie ist die Anforderung der vorbeugenden Verkehrssicherheit. Mögliche Unfallfolgen dürfen durch eine Straßeninfrastrukturmaßnahme nicht verschlimmert werden.

4. Auf welche wissenschaftlichen und verkehrstechnischen Erhebungen stützt sie ihre Begründung?

Nach der EU-Richtlinie müssen die Straßen mit all ihren Objekten so gestaltet sein, dass Folgen eines möglichen Unfalls für die Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer möglichst gering ausfallen. Aufgrund eines sehr schweren Unfallereignisses im Jahr 2009 wurde vom damals zuständigen Innenministerium eine landesweite Überprüfung der Kreisverkehrsplätze außerhalb von Ortschaften und im Ortsrandbereich veranlasst sowie das Risikopotenzial der überprüften Kreisverkehrsplätze vorläufig bewertet.

5. Wie hoch ist die Unfallhäufigkeit bei bzw. auf Kreisverkehrsplätzen in Pforzheim und dem Enzkreis?

Im Enzkreis existieren insgesamt 51 Kreisverkehrsplätze, an die klassifizierte Straßen angeschlossen sind. Hinzu kommen weitere 13 Kreisverkehrsplätze im Stadtkreis Pforzheim.

Eine Unfallauswertung aller Kreisverkehrsplätze über mehrere Jahre war aufgrund des damit verbundenen hohen Aufwandes innerhalb der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich. Eine Stichprobenanalyse ergab für den Außerortskreisverkehr auf der Landesstraße 1132/Maulbronner Straße/Industriestraße auf der Gemarkung Ötisheim sieben Verkehrsunfälle zwischen 2007 und 2011. Bei fünf Unfällen fuhren die Verkehrsteilnehmer auf die Kreismittelinsel und kollidierten teilweise mit der dort vorhandenen Sandsteinmauer.

6. Erwartet sie, dass bereits bestehende Gestaltungen der Innenflächen von Kreisverkehrsplätzen aufgrund des Erlasses rück- bzw. umgebaut werden müssen?

Ergibt die Überprüfung eines Kreisverkehrsplatzes Verkehrssicherheitsdefizite durch ein auf der Mittelinsel befindliches nicht umfahrbares festes Hindernis, kann im Einzelfall als letzte Möglichkeit auch eine Entfernung des Hindernisses notwendig werden.

7. Wie viele Kreisverkehrsplätze sind im Enzkreis und in Pforzheim betroffen?

Die Anzahl der im Enzkreis und in Pforzheim betroffenen Kreisverkehrsplätze ist erst nach der Einzelfallprüfung bekannt und kann daher derzeit noch nicht angegeben werden.

8. Wer hat gegebenenfalls die Umbaukosten, die infolge des Erlasses anfallen, im Einzelnen zu tragen?

Die Kostentragung folgt der Straßenbaulast, ggf. den getroffenen Vereinbarungen (privatrechtliche Gestattungen).

9. Wird das Land die betroffenen Kreise, Städte und Gemeinden finanziell unterstützen, wenn diese infolge des Erlasses Umbauarbeiten finanzieren müssen?

Eine finanzielle Unterstützung durch das Land für die Wiederherstellung der Verkehrssicherheit der betroffenen Kreisverkehrsplätze ist nicht vorgesehen.

10. Wie hoch schätzt sie die erforderlichen Umbaukosten im Enzkreis und in Pforzheim sowie im gesamten Land ein?

Eine Kostenschätzung für die Wiederherstellung der Verkehrssicherheit kann für den Enzkreis, den Stadtkreis Pforzheim und das gesamte Land erst dann erfolgen, wenn die betroffenen Kreisverkehrsplätze überprüft und die notwendigen Maßnahmen feststehen. Siehe hierzu Antwort zu Frage 7.

Hermann
Minister für Verkehr
und Infrastruktur